

Die Energiestrategie 2050 zerstört die wirtschaftliche Grundlage von Stromerzeugern

## Die Wirtschaft soll die Suppe auslöffeln

Von Lukas Weber

Die Schweizer Stromwirtschaft steckt in der Krise. Grosse Firmen wie Alpiq und Axpo schreiben riesige Verluste und entlassen Hunderte von Mitarbeitern. Auch kleinere Stromversorger leiden. Ursache der Misere ist die Energiepolitik Europas (namentlich Deutschlands), des Bundes und der Kantone. Der Strombranche werden Veränderungen aufzugesungen, die schon vor langer Zeit begonnen wurden und nun unter dem Schlagwort «Energiewende» beschleunigt durchgeföhrt und vollendet werden sollen.

Als Energiewende bezeichnen wir den erzwungenen Umbau des Energieversorgungssystems auf die Grundlage erneuerbarer Energien (Wasser-, Sonnen- und Windkraft und Biomasse). Das Problem ist der Zwang. Gegen freiwillige Aktionen, auf privates Risiko und eigene Kosten, ist nichts einzuwenden. Mit der Energiestrategie 2050 des Bundes, die gegenwärtig im Ständerat behandelt wird, soll der Gesetzgeber aber detaillierte und einschneidende Ziele zu Erzeugung und Verbrauch von Elektrizität festsetzen.

### Der Staat diktiert

Mit der Energiestrategie 2050 hebt der Staat die Grundlagen einer wirtschaftlichen Energieversorgung aus. Kein Unternehmen kann sich Ziele zu seinem Kerngeschäft vom Staat diktieren lassen, ohne massiven Schaden zu erleiden. Die Qualität der Produkte, die Wirtschaftlichkeit des Betriebs, der Stolz der Firma und die Motivation der

Mitarbeiter werden unterhöhlt und verdorben. Ob die Firma in privatem Besitz ist oder, wie bei der Mehrzahl der schweizerischen Stromfirmen, der öffentlichen Hand (Gemeinden und Kantonen) gehört, spielt dabei keine Rolle.

### Wider wirtschaftliche Vernunft

Entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens ist auch die Buchführungsmethode. Was wie eine Nebensache klingt, ist es nicht. Setzt ein Unternehmen sein Kapital nicht nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ein, das heisst in einem gesunden Verhältnis zwischen Investition und Rendite, Ausgaben und Einnahmen, dann

## Die Nachteile einer verstaatlichten Wirtschaft kennen wir aus der Sowjetunion.

zerstört er seine wirtschaftliche Grundlage. Kein verantwortlicher Eigentümer wird über längere Zeit Verluste hinnehmen. Er kann es sich auch nicht leisten, dort zu investieren, wo es zu wenig einbringt. Und es ist gegen die Natur, wenn ein Lieferant dafür sorgen muss, dass die Kunden weniger von seinem Produkt nachfragen.

Dies aber erwartet die heutige Energiepolitik von der Elektrizitätswirtschaft. Die Erzeugung, der Verbrauch, der Preis und die Abnahme von Strom sollen exzessiv gesetzlich geregelt werden. Denn ohne dies gibt es keine

«Energiewende». Bei dieser Politik wäre es nur logisch und konsequent, die Elektrizitätswirtschaft zu verstaatlichen. Damit liessen sich die Ziele ohne Widerstand durchsetzen, und die Massnahmen müssten nicht wirtschaftlich sein.

Die Nachteile einer verstaatlichten Wirtschaft kennen wir allerdings aus der Sowjetunion und deren Trabantenstaaten: Mangelversorgung und Ressourcenverschwendung, kurz: extreme Ineffizienz. Dass dabei gerade die Umwelt – die Begründung der Energiewende – unter die Räder kommt, liegt auf der Hand.

### Am Ende die Verstaatlichung?

Täuschen wir uns nicht: Das Parlament wird sich hüten, die Stromwirtschaft zu verstaatlichen. Wenn es aber Vorschriften wie in der Energiestrategie 2050 erlässt, dann wird ihre Wirtschaftlichkeit weiter leiden. Sie wird weiter Verluste schreiben, Mitarbeiter entlassen und neue Subventionen fordern. Daraus folgt, dass selbst ihre heutigen Eigentümer, die öffentliche Hand, die grosszügiger und längerfristig als Private rechnet, sich von ihrem Eigentum trennen will. Überlegungen dazu gibt es bereits. Dann ist die Zeit gekommen, die gesetzliche Belastung der Branche und schliesslich diese selbst zu verstaatlichen. Niemand soll dann sagen, er habe das nicht gewollt.

Dr. Lukas Weber ist Inhaber der Beratungsfirma Agentur E. Er ist Elektroingenieur ETH, hat beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich gearbeitet und publiziert regelmässig zu Energiefragen.

## Bei Abwahl gibts Geld zum Trost

Neue Regeln für Bundesanwalt

**Bern.** Bundesrichter und Bundesanwälte haben künftig das Recht auf eine Abgangsentschädigung von bis zu einem Jahreslohn, wenn sie ohne gravierendes Verschulden nicht wiedergewählt werden. Nach dem Ständerat hat sich gestern auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Aus seiner Sicht wird damit eine Gesetzeslücke geschlossen: Bundesrichter und Bundesanwälte sollen gleich behandelt werden wie andere Führungspersonen in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Die SVP stellte sich dagegen. Aus ihrer Sicht hätte es gereicht, dafür zu sorgen, dass die Bundesversammlung sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer über die Wiederwahl entscheidet. Der Betroffene hätte damit genügend Zeit, eine neue Stelle zu finden, argumentierte Pirmin Schwander (SVP, SZ).

Den Anstoss für die Vorlage gab der Fall des ehemaligen Bundesanwalts Erwin Beyeler. Dieser forderte eine Abgangsentschädigung, nachdem er von der Bundesversammlung 2011 nicht wiedergewählt worden war. SDA

## Bund lobt die flankierenden Massnahmen im Arbeitsmarkt

Neue Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft

**Bern.** Jeder zehnte Schweizer Betrieb ohne Gesamtarbeitsvertrag (GAV) hat im vergangenen Jahr Löhne ausgezahlt, die unter dem üblichen Niveau liegen. Dennoch bezeichnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die flankierenden Massnahmen als Erfolg. 8900 Schweizer Arbeitgeber wurden 2014 kontrolliert, das ist jeder 25. Schweizer Betrieb, welcher keinem GAV unterliegt.

Resultat: Zehn Prozent der kontrollierten Unternehmen unterboten die üblichen Löhne – 2013 waren es acht Prozent gewesen. Betroffen von Lohn Dumping waren gemäss dem Seco-Bericht insbesondere das Gastgewerbe, das verarbeitende Gewerbe, der Handel sowie die Hauswirtschaftsbranche.

Bei 60 Prozent der betroffenen Unternehmen konnten die Kontrolleure Lohnnachzahlungen erwirken. Das Seco spricht deshalb von einer «effizienten Bekämpfung von Lohnunterbietungen». Bund und Kantone kontrollierten im vergangenen Jahr auch ausländische Betriebe, die Arbeitnehmer in die

Schweiz entsenden. Sie müssen neben Lohnvorschriften etwa auch Richtlinien zur Arbeits- und Ruhezeit einhalten. Die Zahl der Kontrollen nahm hier stark zu. Bei den über 13 500 inspizierten Entscheidbetrieben wurden weniger Missbräuche registriert. In Branchen ohne GAV unterboten zwölf Prozent der kontrollierten Betriebe die üblichen Löhne.

### «Kontrollziele übertroffen»

Das Seco zieht eine positive Bilanz der Kontrolltätigkeit. Lohnunterbietungen seien gezielter und effizienter bekämpft worden. Insgesamt hätten die Vollzugsorgane die Lohn- und Arbeitsbedingungen in über 40 000 Betrieben und bei 159 000 Personen kontrolliert. «Die nationalen Kontrollziele wurden deutlich übertroffen.»

Die flankierenden Massnahmen gelten seit Juni 2004. Sie dienen dem Schutz der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU. SDA

# Herber Rückschlag für bürgerlichen Schulterschluss

SVP und FDP ärgern sich über CVP, da sie wesentliche Sparmassnahmen nicht mitträgt

Von Daniel Ballmer, Bern

Adrian Amstutz kann Ärger und Enttäuschung nicht verstecken. Er versucht es auch gar nicht. «Das ist ein herber Rückschlag für den bürgerlichen Schulterschluss», sagt der SVP-Fraktionschef. Mit grossem Tamtam hatten die Spitzen von SVP, FDP und CVP Ende März eine gemeinsame Vereinbarung unterzeichnet. Mit vereinten Kräften sollen die in Schiefelage geratenen Bundesfinanzen wieder ins Lot gebracht werden. Und nun gilt es ernst. In der laufenden Sondersession sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Morgen wird das Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP) beraten, womit bereits für das Budget 2016 die Weichen gestellt werden sollen.

Ein Eckpfeiler der bürgerlichen Sparbemühungen: Die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2016 sollen auf dem Niveau von 2014, also bei 64 Milliarden Franken, eingefroren werden. Der Finanzplan geht bisher von 70,9 Milliarden aus. Die Differenz soll bei Personal-, Sach- und Betriebsaufwand eingespart werden. SVP- und FDP-Fraktion haben einen entsprechenden Antrag eingereicht. Nicht aber die CVP-Fraktion. Aus deren Reihen hat lediglich der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister einen gleich lautenden Einzelantrag eingereicht – ohne Absprache mit der Fraktion.

### «Schlingerkurs der gröberen Sorte»

«Ich bin schwer enttäuscht», sagt SVP-Fraktionschef Amstutz. Die CVP-Spitze sei mit am Tisch gesessen und die Plafonierung der Ausgaben Teil der gemeinsamen Vereinbarung. Umso fragwürdiger sei es, wenn die CVP nur gut einen Monat später nicht mehr mitmache. «Die CVP bricht die Vereinbarung und verabschiedet sich vom Schulterschluss», kritisiert Amstutz. Nach aussen hin stelle sich die CVP als bürgerliche Kraft dar, im Ernstfall aber mache sie einen Rückzieher. «Das ist ein Schlingerkurs der gröberen Sorte», kommentiert Amstutz. «Die CVP macht sich damit völlig unglaubwürdig.»

Diplomatisch gibt sich FDP-Fraktionschefin Gabi Huber: «Ich nehme das Vorgehen der CVP mit Bedauern zur Kenntnis.» Immerhin gehe es um ein wichtiges Geschäft mit Signalwirkung für den Finanzplan. «Aber ich kann auch nichts dagegen machen», sagt Huber und kann ihre Enttäuschung doch nicht ganz verbergen.

Nationalrat Pfister, der als einzelner CVP-Parlamentarier den gleichen Sparantrag eingereicht hat, versucht, den Ball flach zu halten: «Warten wir doch

erst einmal ab, wie die morgige Abstimmung rauskommt», sagt er. «Ich versuche bis dahin, noch möglichst viele Fraktionsmitglieder zu überzeugen.»

Doch das wird nicht einfach: CVP-Präsident Christophe Darbellay zeigt sich gegenüber dem Antrag von SVP und FDP äusserst skeptisch. Nach internen Gesprächen zieht er seine Aussagen nachträglich aber wieder zurück. Anders CVP-Nationalrat Leo Müller: «Der Antrag ist schlicht nicht durchdacht», sagt der Präsident der Finanzkommission. Denn nach dem Willen von SVP und FDP seien bis im Herbst sieben Milliarden Franken einzusparen – und das vor allem in zwei Bereichen, die im Finanzplan für 2016 zusammen nur rund 10,2 Milliarden umfassen.

«Ich bin auch dafür, zu sparen, aber das geht ganz einfach nicht», sagt Müller. Das werde er morgen so auch im Parlament erklären. «Natürlich werden wir uns damit bei SVP und FDP in die Nesseln setzen», sagt er. «Negative Folgen für den bürgerlichen Schulterschluss sind nicht auszuschliessen.»

### Finanzprognosen sind düster

Sparen will auch der Bundesrat. Denn 2014 sind die Einnahmen überraschend eingebrochen, und der Bund hat nach zehn Jahren erstmals wieder ein Defizit ausweisen müssen. Auch die Prognosen sehen düster aus – nicht nur wegen des starken Frankens. Mit dem KAP will die Landesregierung deshalb pro Jahr rund 700 Millionen Franken einsparen, um den finanziellen Handlungsspielraum zu wahren.

## «Die CVP macht sich damit völlig unglaubwürdig.»

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz

Die Forderungen von FDP und SVP gehen weit über diese Sparpläne hinaus. Und sie wollen weiter dafür kämpfen. «Ich hoffe sehr, dass die CVP noch zur Vernunft kommt», sagt SVP-Fraktionschef Amstutz. Schliesslich gehe es bei der Plafonierung der Bundesausgaben um einen substanziellen, ja um den wichtigsten Punkt des bürgerlichen Schulterschlusses. Dabei ist ihm aber durchaus bewusst, dass die CVP bereits einmal aus dem Schulterschluss ausgeschert ist. Bei der kürzlichen Kommissionsberatung der Kulturbotschaft 2016–2020 wollten ihre Vertreter keinen Kürzungen zustimmen. «Aber die Hoffnung stirbt zuletzt», sagt Amstutz.

ANZEIGE

 SBB CFF FFS

# Letzte Mitfahrgelegenheit.

Nur noch für kurze Zeit: Kombinieren Sie bis 16. Mai 2015 Ihre Tageskarte, Ihre 9-Uhr-Karte zum Halbtax oder Ihr GA mit einem Mitfahrbillett für nur 37 Franken\*. [sbb.ch](http://sbb.ch)

\* Regulärer Preis: CHF 124.– für eine Tageskarte 1. Klasse zum Halbtax. Aktion Mitfahrbillett erhältlich und gültig 7.4.–16.5.2015 für CHF 37.–. Pro Tageskarte und 9-Uhr-Karte (je mit Halbtax) sowie GA kann 1 Person mit dem Mitfahrbillett mitreisen. Keine Erstattung, kein Umtausch. Es gelten die weiteren Bestimmungen unter [sbb.ch](http://sbb.ch).

